

Axpo Holding AG | Parkstrasse 23 | CH-5401 Baden

A-Post
Bundesamt für Energie
Sektion NE
3003 Bern

- 2. Feb. 2015

Zuständig	Thomas Porchet Energiepolitik Schweiz
Direktwahl	T +41 56 200 31 45
E-Mail	thomas.porchet@axpo.com
Datum	30. Januar 2015

Strategie Stromnetze: Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Strategie Stromnetze und zu den vorgeschlagenen Änderungen des EleG und des StromVG Stellung nehmen zu können.

Allgemeine Bemerkungen

Der Axpo Konzern mit der Axpo Power AG, der Axpo Trading AG sowie der Centralschweizerischen Kraftwerke AG (CKW) ist ein führendes Schweizer Energieversorgungsunternehmen. Wir verfügen über Kompetenzen in den Bereichen Stromproduktion, Handel, Verkauf sowie Dienstleistungen und stellen zusammen mit unseren Partnern die Stromversorgung von rund 3 Mio. Menschen und eines grossen Teils der Wirtschaft in der Nordost- und Zentralschweiz sicher. Die Axpo Holding AG ist zu 100 Prozent im Besitz der Nordostschweizer Kantone.

Mit einem – nach Abgabe des Übertagungsnetzes an swissgrid – Verteilnetz von ca. 2000 km Länge, verfügt die Axpo auch über profunde Kompetenzen im Auf- und Ausbau sowie im sicheren und wirtschaftlichen Betrieb von Elektrizitätsnetzen. Vor diesem Hintergrund begrüssen wir die Absicht, die Prozesse für den nicht nur mit Blick auf die Energiestrategie 2050 notwendigen und zeitgerechten Aus- und Umbau der Stromnetze zu optimieren. Stromnetze sind zentraler Bestandteil einer nachhaltigen, modernen Energiewelt und müssen zwingend parallel zum Ausbau der Produktionskapazitäten entwickelt werden. Entscheidend ist deshalb, dass die Strategie Stromnetze mit den Zielen und Massnahmen der Energiestrategie 2050 synchronisiert ist.

Damit die Netzbetreiber ihren Auftrag, ein sicheres, leistungsfähiges und effizientes Netzes bereitzustellen, erfüllen können, müssen Verantwortung und Planungskompetenz weiterhin in ihrer Hoheit bleiben und die behördlichen und regulatorischen Eingriffe auf das Nötigste beschränkt werden.

Die aus unserer Sicht notwendigen Anpassungen am bestehenden Gesetzesentwurf sollen insbesondere sicherstellen, dass:

- Anlagen der Verteilnetzbetreiber in jedem Fall vom Sachplan ausgenommen werden.
- Ersatzmassnahmen im Verteilnetz für Projekte des Übertragungsnetzbetreibers mit dem Verteilnetzbetreiber abgestimmt werden und Eingriffe von Behörden und Übertragungsnetzbetreiber in die unternehmerischen Entscheide des Verteilnetzbetreibers nur mit dessen Beteiligung stattfinden darf.
- die Entschädigung des Übertragungsnetzbetreibers für diese Ersatzmassnahmen mit dem Verteilnetzbetreiber abgestimmt werden muss.
- der Mehrkostenfaktor seine intendierte Wirkung (Verfahrensbeschleunigung, Rechts- und Investitionssicherheit) tatsächlich entfalten kann.

Zu den einzelnen Bestimmungen

1. Elektrizitätsgesetz vom 24. Juni 1902 (EleG)

Art. 15b Abs. 2

Antrag: Die Genehmigungsbehörde nach Artikel 16 Absatz 2 kann auf begründeten Antrag des Betreibers des Übertragungsnetzes anordnen, dass ... innerhalb des betreffenden Planungsgebietes ausgeführt werden. Mögliche Ersatzmassnahmen sind mit dem Verteilnetzbetreiber vorgängig abzuklären und zu vereinbaren.

Begründung: Ersatzmassnahmen sind, wie der Name sagt, Massnahmen, die ein Element ersetzen (z.B. eine Freileitung durch eine Erdverkabelung). Im erläuternden Bericht ist aber von Rückbau die Rede. Es darf definitiv nicht sein, dass der Übertragungsnetzbetreiber zwecks Realisierung eigener Projekte in die Topologie des nachgelagerten Verteilnetzbetreibers eingreift (u.U. mit zusätzlichen kostenpflichtigen Anschlusspunkten anstelle von Leitungen auf Netzebene 3).

Weiter müssen Ersatzmassnahmen im Verteilnetz für Projekte des Übertragungsnetzbetreibers mit dem Verteilnetzbetreiber abgestimmt werden. Ein Eingriff der Behörden und des Übertragungsnetzbetreibers in die unternehmerischen Entscheide des Verteilnetzbetreibers darf nur mit dessen Beteiligung und ausdrücklichem Einverständnis stattfinden.

Art. 15b Abs. 3

Antrag: Die betroffenen Betreiber von Verteilnetzen führen die Ersatzmassnahmen aus; sie werden, soweit sie dies fordern, dafür vom Übertragungsnetzbetreiber ~~voll~~ entschädigt. ~~Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.~~

Begründung: Es sind Anlagen tangiert, welche im Eigentum eines Verteilnetzbetreibers stehen. Art. 26 der Bundesverfassung gewährleistet einem Eigentümer sein Eigentum in grundsätzlicher Art und Weise. Die Gewährleistung dieses durch die Verfassung garantierten Grundrechtes setzt vo-

raus, dass es allein im Ermessen des betroffenen Verteilnetzbetreibers liegen kann, ob und in welchem Umfang er infolge der Anordnung von Ersatzmassnahmen, die einen klaren Eingriff in das Eigentum des Verteilnetzbetreibers darstellen, Entschädigungsforderungen an den Übertragungsnetzbetreiber zu stellen hat.

Art. 15c Abs. 1

Antrag: Eine Leitung des Verteilnetzes, die neu erstellt, ersetzt, erneuert oder ausgebaut wird, ist als Erdkabel auszuführen, sofern dies technisch und betrieblich möglich ist und die durch die Erdverkabelung entstehenden Kosten im Vergleich zur Erstellung einer neuen beziehungsweise Veränderung einer bestehenden Freileitung einen bestimmten Faktor (Mehrkostenfaktor) nicht übersteigen. Ausgenommen sind Anschluss- und Eigenbedarfsleitungen von Kraftwerken.

Begründung: Die Präzisierung stellt klar, dass trotz zusätzlicher Verkabelung das Betriebsverhalten im Netz nicht unzulässig verschlechtert wird. So erlauben beispielsweise die SBB aus betrieblichen Gründen keine zusätzlichen Verkabelungen.

Anschlussleitungen und Eigenbedarfsleitungen von Kraftwerken wurden bisher grösstenteils in konventioneller Form als Freileitungen gebaut. Zukünftig müssen bei Änderungen, Erneuerung oder Ausbau solche Leitungen verkabelt werden. Das Kraftwerk kann diese Investitionen jedoch nicht auf die Kunden abwälzen. Die Investitionen werden aktiviert und führen in der Folge zu höheren Produktionskosten.

Art. 15c Abs. 2

Antrag: Der Mehrkostenfaktor beträgt höchstens 3.0. Der Bundesrat legt den Mehrkostenfaktor fest. Er berücksichtigt dabei Kriterien wie namentlich die Änderung des Verkabelungsgrades, die Auswirkungen auf die Netznutzungsentgelte, die Entwicklung der Technologien und die Kosten für die Erdverkabelung. Dabei stellt er sicher, dass eine erhöhte Verkabelung zu keiner Benachteiligung für den Verteilnetzbetreiber führt. Der Bundesrat kann den Mehrkostenfaktor jeweils zeitgleich mit der Genehmigung eines neuen Szenariorahmens gemäss Art. 9a Abs. 3 StromVG anpassen.

Begründung: Bei einer vermehrten Erdverkabelung werden die Investitionskosten und die Wiederversorgungszeiten ansteigen. Es ist sicherzustellen, dass dem Verteilnetzbetreiber dadurch insbesondere im Rahmen der Tarif- und Qualitätsregulierung keine Nachteile erwachsen.

Der Mehrkostenfaktor muss jeweils für mindestens 5 Jahre konstant bleiben um eine entsprechende Planungssicherheit zu bieten.

Art. 15c Abs. 3

Antrag: Streichen.

Begründung: Durch die in Abs. 3 und Abs. 4 formulierten Ausnahmen, die sehr weit interpretiert werden können, drohen bei jedem Freileitungsprojekt Einsparungen, auch wenn eine Erdverkabelung den Mehrkostenfaktor überschreitet. Damit wird die intendierte Wirkung des Mehrkostenfaktors – Verfahrensbeschleunigung, Rechts- und Investitionssicherheit – vollständig ausgehebelt. Sollte der Artikel trotz unseres Antrages nicht gestrichen werden, so ist mit der Formulierung im Gesetz und der Umsetzung in der Verordnung sicherzustellen, dass der Mehrkostenfaktor tatsäch-

lich die intendierte Wirkung leisten kann. Insbesondere wäre in der Verordnung eine abschliessende Definition von Ausnahmen vorzusehen, die auch die zeitgerechte Gewährleistung der Versorgungssicherheit als Kriterium berücksichtigt.

Art. 15c Abs. 4

Antrag: Streichen.

Begründung: Bei Verkabelungsprojekten besteht die Gefahr, dass die ElCom eine günstigere Freileitungslösung ex post doch als ausreichend erachtet und die Anrechenbarkeit der Mehrkosten in Frage stellt.

Art. 15d Abs. 4

Antrag: Hat die Genehmigungsbehörde nach Artikel 16 Absatz 2 über die Bewilligung des Baus, der Erweiterung oder Erneuerung einer Anlage nach Absatz 2 oder 3 zu entscheiden, so ist das nationale Interesse an der Realisierung dieser Vorhaben bei der Interessenabwägung als grundsätzlich gleichrangig zu betrachten mit anderen nationalen Interessen. Bei einem Objekt in einem Inventar nach Artikel 5 NHG darf ein Abweichen von der ungeschmälernten Erhaltung in Erwägung gezogen werden.

Begründung: Der Nationalrat hat im Rahmen seiner Beratungen des ersten Massnahmenpakets der Energiestrategie 2050 eine entsprechende Anpassung vorgenommen. Es ist sicherzustellen, dass die beiden Vorlagen kohärent sind.

Art. 15e Abs. 2

Antrag: Die Sachplanpflicht besteht nur für Anlagen des Übertragungsnetzes. Der Bundesrat regelt Ausnahmen von der Sachplanpflicht.

Begründung: Im Gesetz soll festgehalten werden, dass die Sachplanpflicht nur für das Übertragungsnetz, nicht aber für das Verteilnetz und insbesondere nicht für Netzebene 3 gilt.

Art. 16 Abs. 2 Bst. b

Antrag: Streichen.

Begründung: Als verfahrensbeschleunigende Massnahme ist in jedem Fall eine einzige Instanz vorzusehen. Damit entfallen Zeitverluste bedingt durch verfahrensrechtliche Doppelspurigkeiten und die zeitraubende Ausarbeitung von Überweisungsberichten bzw. Einarbeitung einer neuen Entscheidungsinstanz. Als sachkundige Fachbehörde ist das Inspektorat die geeignete erste und einzige Instanz.

Art. 16 Abs. 7

Antrag: Der Bundesrat kann Hausinstallationen, Niederspannungsverteilstellen, ~~und~~ Niederspannungs-Erzeugungsanlagen sowie Umbauten von Starkstromanlagen von der Plangenehmigungspflicht befreien oder bestimmte Verfahrenserleichterungen vorsehen.

Begründung: Für Umbauten, Spannungs- oder Kapazitätserhöhungen oder Ersatz von Anlagen auf bestehenden Trassen soll ein verkürztes Plangenehmigungsverfahren mit eingeschränkten Einsprachemöglichkeiten zur Anwendung kommen. Damit würde für viele Projekte eine relevante Verfahrensbeschleunigung erreicht. Alternativ könnten solche Projekte auch als Instandhaltungsmassnahmen ohne PGV bezeichnet werden.

Art. 26a

Antrag: Streichen.

Begründung: Die Grundsätze über die Erhebung und Verwendung von raumbezogenen Daten sind im Geoinformationsgesetz geregelt. Für eine zusätzliche, weitergehende Regelung im Rahmen der vorliegenden Änderung des EleG besteht keine Notwendigkeit. Sie begründet vielmehr eine neue Aufgabe des Bundesamtes, der kein Mehrwert gegenübersteht. Der enorme Datenumfang, der beim Einbezug von Werksleitungen in die geografische Gesamtsicht der Elektrizitätsnetze zu bewältigen ist, sowie der damit verbundene Ressourcenbedarf und Aufwand stehen in keinem Verhältnis zum allfälligen, zusätzlichen Nutzen dieser Darstellung.

Nachfolgend erlauben wir uns, weitere Anträge zum Thema Dienstbarkeiten zu stellen, die das Anliegen eines zeit- und bedarfsgerechten Um- und Ausbaus der Stromnetze in wesentlichen Aspekten unterstützen:

Art. 15a Abs. 2 (neu)

Antrag: Mit dem Abschluss einer Dienstbarkeit, welche den Bau, Bestand und Betrieb von Leitungen gemäss Absatz 1 zum Gegenstand haben, werden alle Rechte, insbesondere auch das Recht das Grundstück für die Durchleitung Daten Dritter zu nutzen, erteilt.

Begründung: Analog zur Erteilung aller Bewilligungen mit der Plangenehmigung gemäss Art. 16 EleG ist eine Bestimmung aufzunehmen, welche sicherstellt, dass vertraglich alle privaten Rechte für den Bau, Bestand und Betrieb von elektrischen Leitungen mit einem Rechtsakt erteilt werden. Dies betrifft insbesondere die Durchleitung Daten Dritter. Bei Elektrizitätsleitungen kommen zur Überwachung und Steuerung des Netzes nach neuester Technologie Lichtwellenleiter im Erdseil zum Einsatz. Für Zwecke der Telekommunikation stehen ungenutzte Kapazitäten zur Verfügung, die Investitionen in separate Telekomverbindungen mit eigener Trassen überflüssig machen, was im öffentlichen Interesse liegt und dem Grundsatz der Bündelung von Infrastrukturvorhaben entspricht. Das Grundeigentum wird mit der Nutzung dieser physisch in jedem Fall vorhandenen Kapazitäten nicht stärker belastet. Es rechtfertigt sich deshalb nicht, zusätzlich eine Dienstbarkeit allein für die Durchleitung Daten Dritter erwerben zu müssen. Zudem bedeutet die gesetzliche Festlegung einer umfassenden Nutzung des Lichtwellenleiters in der Praxis eine wesentliche Vereinfachung des Rechtserwerbs.

Art. 15a Abs. 3 (neu)

Antrag: Absatz 2 gilt auch für bestehende Dienstbarkeiten.

Begründung: Siehe unter zu Art. 15a Abs. 2 (neu).

Art. 15a Abs. 4 (neu)

Antrag: Der Vertrag über die Errichtung dieser Dienstbarkeit bedarf zu seiner Gültigkeit der schriftlichen Form.

Begründung: Bei Leitungen zur Übertragung und Verteilung von Elektrizität handelt es sich um Infrastrukturvorhaben, welche im öffentlichen Interesse einer sicheren Stromversorgung errichtet werden. Damit unterscheiden sie sich im Grundsatz von Vorhaben, welche Privatpersonen oder private Eigentümer von benachbarten Grundstücken mit ausschliesslich privaten Interessen verfolgen. Diese Infrastrukturvorhaben erstrecken sich in der Regel auch über grössere Distanzen. Für die Sicherung von Bau, Bestand und Betrieb ist deshalb eine grosse Anzahl von Dienstbarkeitsverträgen, bei welchen standardisierte vertragliche Bestimmungen zur Anwendung gelangen müssen, notwendig. Vor der letzten Revision des Sachenrechtes (1.1.2012) genügte für die Errichtung der Leitungsdienstbarkeit ohne Probleme die einfache Schriftlichkeit. Die durch die Revision erfolgte Verschärfung hin zur öffentlichen Beurkundung ist für die Errichtung von Leitungsdienstbarkeiten aber nicht sachgerecht und durch die hohe Anzahl der Verträge mit entsprechendem unverhältnismässigem Aufwand und Kosten verbunden. Demzufolge ist für die Errichtung eine möglichst einfache Form der Errichtung ein absolutes Muss.

Art. 44

Antrag: Das Enteignungsrecht kann für die Erstellung und Änderung von Einrichtungen zur Fortleitung und Verteilung elektrischer Energie und der für deren Betrieb notwendigen Schwachstromanlagen sowie für die Erneuerung von Dienstbarkeiten im Einzelfall geltend gemacht werden.

Begründung: Für die zwangsweise Erneuerung zeitlich abgelaufener Dienstbarkeitsverträge sollen nur die Bestimmungen des Enteignungsrechtes zur Anwendung gelangen. Die Durchführung eines Plangenehmigungsverfahrens soll nur erforderlich sein, wenn vollkommen neue Rechte (z.B. neues Niederhalteservitut oder Bauservitut) erforderlich sind.

Art. 53bis

Antrag: Streitigkeiten betreffend die Höhe der neuen Entschädigung von vertraglich eingeräumten Dienstbarkeiten und der neuen Entschädigungsdauer werden in einem Schätzungsverfahren nach den Bestimmungen des EntG entscheiden.

Begründung: Es ist eine Bestimmung wiederaufzunehmen, vergleichbar wie sie unter dem alten Art. 53bis EleG Geltung hatte. Gemäss der heute geltenden Vertragspraxis werden die Rechte für den Bau, Bestand und Betrieb der Stark- und Schwachstromanlagen auf den Bestand der Anlage oder auf unbestimmte Zeit erteilt. Die Dauer der Entschädigungsperiode beträgt in der Regel 25 Jahre, womit das Ausrichten einer Entschädigung für jede Generation sichergestellt werden kann. Sollte die Höhe der neuen Entschädigung oder der neuen Entschädigungsperiode oder beides strittig sein, ist dieser Streitgegenstand von der zuständigen Eidgenössischen Schätzungskommission ausschliesslich in einem Schätzungsverfahren nach EntG zu erledigen.

2. Stromversorgungsgesetz vom 23. März 2007

Art. 9a Abs. 1

Antrag: Das Bundesamt für Energie (BFE) erstellt basierend auf den energiepolitischen Zielen des Bundes, den gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten sowie unter Berücksichtigung des internationalen Umfelds einen Szenariorahmen als Grundlage für die übergeordnete Netzplanung. Dabei zieht es die Kantone, die nationale Netzgesellschaft, die übrigen Netzbetreiber, die grossen Kraftwerksbetreiber und weitere Betroffene angemessen mit ein. ~~Diese stellen dem BFE die dafür erforderlichen Auskünfte und Unterlagen unentgeltlich zur Verfügung.~~

Begründung: Es ist sinnvoll, auf die bestehenden Rollen zwischen Bund und Kantonen abzustellen. Das BFE fokussiert dabei auf die nationalen Interessen und Vorgaben. Die Verteilnetzbetreiber sind für die Netzplanung in den Kantonen und Gemeinden zuständig. Zusätzlich sind die Betreiber grosser Kraftwerke in die Erarbeitung des Szenariorahmens einzubeziehen.

Art. 25 StromVG verpflichtet die Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft, den zuständigen Behörden die für den Vollzug dieses Gesetzes erforderlichen Auskünfte zu erteilen und die notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Eine spezielle Erwähnung ist nicht notwendig.

Art. 9a Abs. 2

Antrag: Im Szenariorahmen sind mindestens drei Szenarien abzubilden, die für einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren ~~über alle Netzebenen~~ die Bandbreite wahrscheinlicher energiewirtschaftlicher Entwicklungen aufzeigen. Gestützt auf das wahrscheinlichste der Szenarien ist mindestens ein Szenario für einen Zeitraum von weiteren zehn Jahren zu entwickeln.

Begründung: Der Output aus den Szenarien werden Produktionsziele sein, wie sie in der vergangenen Wintersession auch der Nationalrat beschlossen hat. Die Zuteilung der einzelnen Technologien und Produzenten zu den Netzebenen ist dem Markt zu überlassen. Nur so ist die Wirtschaftlichkeit in den Projekten gewährleistet.

Art. 9a Abs. 5

Antrag: Der Szenariorahmen ist für die Behörden bei Fragen betreffend die Elektrizitätsnetze verbindlich.

Begründung: Die Verbindlichkeit vom Szenariorahmen soll sich auf die Beurteilung der Netzplanung und Anrechenbarkeit von Massnahmen der Stromnetze beschränken und die Behörden in anderen Bereichen nicht binden oder einschränken. Beispielsweise soll der Zubau von Produktionsanlagen nicht eingeschränkt werden, wenn das Szenario diese nicht vorgesehen hat.

Art. 9b Abs. 1

Antrag: Die Netzbetreiber erstellen basierend auf dem Szenariorahmen und entsprechend dem weiteren Bedarf für ihr Netzgebiet einen auf zehn Jahre ausgelegten Entwicklungsplan Netzentwicklungsplan (Mehrjahresplan) und legen diesen die Pläne der Netzebenen 1 und 3 innerhalb von neun Monaten nach Genehmigung des letzten Szenariorahmens durch den Bundesrat der ElCom zur Prüfung vor.

Begründung: Die Prüfung der Mehrjahrespläne für alle Verteilnetzebenen ist unverhältnismässig.

Art. 9b Abs. 1bis (neu)

Antrag: Basierend auf den Vorgaben des Szenariorahmens des BFE sowie den regionalen und kommunalen Anforderungen definieren die Verteilnetzbetreiber ihre Netzplanung. Sie stimmen sich dabei bedarfsgerecht mit dem Betreiber der direkt darüber liegenden Netzebene ab.

Begründung: Da mit Energieszenarien keine Netze geplant werden können, wurde der neue Absatz 1bis von Art. 9a an diesen Ort verschoben. Die Netzbetreiber müssen die Anforderung an die Netze aus den Energieszenarien bedarfsgerecht ableiten.

Art. 9b Abs. 2

Antrag: Der einzureichende Mehrjahresplan enthält folgende Angaben:

- a. Er beschreibt die vorgesehenen Projekte Netzprojekte und ~~legt dar, inwiefern sie wirksam und angemessen sind~~ begründet sie.
- b. ...

Begründung: Die Mehrjahrespläne müssen eine gewisse Stabilität aufweisen. Nur damit sind kontinuierliche Vergleiche über die Jahre möglich. Der Beschrieb und die Begründung der Netzprojekte muss in der StromVV abschliessend geregelt und gemäss Art. 3 StromVG der Branche subsidiär übertragen werden.

Art. 9b Abs. 3

Antrag: Der Bundesrat ~~bestimmt, welche weiteren Angaben der Mehrjahresplan enthalten muss~~ regelt die Einzelheiten gemäss Absatz 2. Er kann für Betreiber von Verteilnetzen Ausnahmen und Erleichterungen von der Pflicht zum Vorlegen eines Mehrjahresplanes vorsehen.

Begründung: Siehe zu Art. 9b Abs. 2.

Art. 9b Abs. 4

Antrag: Die ~~nationale Netzgesellschaft~~ EICom veröffentlicht die von der EICom geprüften Mehrjahrespläne. Sie ~~werden sollen~~ nur soweit veröffentlicht werden, als:

- a. ...

Begründung: Es ist nicht Aufgabe der nationalen Netzgesellschaft, Plandaten Dritter zu publizieren.

Art. 9c Titel

Antrag: Festlegung Einspeisepunkt- und Ausspeisepunkte

Begründung: Die Bestimmung gilt sowohl für Ein- als auch für Ausspeisepunkte.

Art. 9c Abs. 1

Antrag: Die Netzbetreiber legen die Ein- und Ausspeisepunkte für neue Produktionsanlagen auf der Basis von gesicherten öffentlich zugänglichen Planungsdaten zur zukünftigen Entwicklung von Produktion und Verbrauch fest.

Begründung: Planungsdaten können als gesichert gelten, wenn sie beispielsweise in kantonale Richtpläne aufgenommen worden sind.

Art. 9c Abs. 2

Antrag: In der Regel ist derjenige Punkt auf dem bestehenden oder zukünftigen Netz als Einspeisepunkt festzulegen, welcher unter Berücksichtigung der Lebenszykluskosten den technisch und wirtschaftlich günstigsten Anschluss ermöglicht.

Begründung: Für die Beurteilung, welcher Anschluss aus technischer und wirtschaftlicher Sicht am günstigsten ist, sind die gesamten Lebenszykluskosten und nicht nur die initialen Investitionen mit zu berücksichtigen.

Art. 9d Abs. 1

Antrag: ~~Jeder Die~~ Netzbetreiber ~~legt legen~~ die Grundsätze fest, die er bei der Netzplanung ~~anwendet anzuwenden sind~~, ~~fest und veröffentlicht diese Grundsätze~~.

Begründung: Die Planungsgrundsätze werden gegenüber der ElCom offengelegt. Die Branche kann subsidiär Planungsgrundsätze festlegen.

Art. 9d Abs. 2

Antrag: Bei der Festlegung der Grundsätze ist namentlich zu berücksichtigen, dass das Netz in der Regel nur dann auszubauen ist, wenn die Gewährleistung eines sicheren, leistungsfähigen und effizienten Netzes während des gesamten Planungshorizontes nicht durch eine Optimierung oder Verstärkung erreicht werden kann.

Begründung: Auch wenn ein Engpass durch eine Optimierung kurzfristig behoben werden kann, sollte zur langfristigen Sicherstellung der Versorgungssicherheit ein Ausbau möglich sein.

Art. 9d Abs. 3

Antrag: Die ElCom kann Minimalanforderungen festlegen ~~und Ausnahmen von der Pflicht zur Veröffentlichung gemäss Absatz 1 vorsehen~~.

Begründung: Siehe unter Art. 9d Abs. 1.

Art. 9e Abs. 2

Antrag: Die nationale Netzgesellschaft koordiniert berücksichtigt für die Planung des Übertragungsnetzes und die damit zusammenhängende Bedarfsermittlung ~~mit der die~~ Planung der Betreiber der Übertragungsnetze der Nachbarstaaten und ~~mit der die~~ Planung der Betreiber der schwei-

zerischen Verteilnetze sowie Kraftwerke mit hoher Spannung. Sie zieht die Kantone und weitere Betroffene angemessen mit ein.

Begründung: Die Nationale Netzgesellschaft kann keine Verantwortung für die Planung der Netzebenen 3 bis 7 übernehmen. Zudem sind gemäss erläuterndem Bericht auch die Kraftwerksbetreiber einzubeziehen.

Art. 9e Abs. 3

Antrag: Die übrigen Netzbetreiber stellen der nationalen Netzgesellschaft die für die Koordination der Planung erforderlichen Auskünfte und Unterlagen ~~unentgeltlich~~ zur Verfügung.

Begründung: Die Beschaffung und Dokumentation von Informationen ist immer mit Kosten verbunden. Diese müssen abgegolten werden.

Art. 15 Abs. 1

Antrag: Als anrechenbare Kosten gelten die Betriebs- und Kapitalkosten eines sicheren, leistungsfähigen und effizienten Netzes. Sie enthalten einen angemessenen Betriebsgewinn. Die Betriebs- und Kapitalkosten gesetzlich vorgeschriebener intelligenter Mess- und Steuersysteme ~~beim Endverbraucher~~ gelten stets als anrechenbare Kosten. ~~Sie enthalten einen angemessenen Betriebsgewinn.~~

Begründung: Intelligente Steuersysteme, die die gesetzlichen Vorschriften übertreffen, sollten auch anrechenbar sein, sofern die Mehrkosten verhältnismässig zum Nutzen stehen.

Nicht nur beim Endverbraucher, sondern auch beim Produzenten sollten intelligente Systeme angewendet werden können.

Art. 15 Abs. 2

Antrag: Als Betriebskosten gelten die Kosten für die mit dem Betrieb der Netze ~~respektive der intelligenten Messsysteme beim Endverbraucher~~ direkt zusammenhängenden Leistungen. Dazu zählen insbesondere:

- a. ...
- b. ...
- ~~c. die Entgelte an Gemeinwesen und Dritte für die Einräumung von Rechten und Dienstbarkeiten im Zusammenhang mit dem Netzbetrieb;~~
- ~~d. die projektspezifischen Kosten für Informationsmassnahmen der Unternehmen und die von den Netzbetreibern entrichteten Gebühren nach Artikel 3bis Absatz 2 des Elektrizitätsgesetzes.~~

Begründung: Wir begrüssen es grundsätzlich, dass das BFE die Anrechenbarkeit von Kosten im Zusammenhang mit intelligenten Messsystemen, Dienstbarkeiten, Informationsmassnahmen und Gebühren im StromVG bestätigt. Allerdings erachten wir es nicht als sinnvoll, eine unvollständige Liste im Gesetz festzuhalten, welche durch den aktuellen Grundsatz und die Praxis bereits gedeckt sind. Die bestehenden Artikel 15 Abs. 2 und Artikel 15 Abs. 3 somit sind ausreichend. Zudem darf

der Handlungsspielraum der Unternehmen nicht auf Gesetzesstufe unnötig eingeschränkt werden. Alternativ wäre zu beachten, dass Kosten für Dienstbarkeiten aktiviert werden und entsprechend Kapitalkosten (und nicht Betriebskosten) darstellen.

Art. 15 Abs. 3

Antrag: Die Kapitalkosten müssen auf der Basis der ursprünglichen Anschaffungs- beziehungsweise Herstellkosten der bestehenden Anlagen ermittelt werden. ~~Dazu zählen insbesondere auch die Kosten von Vorsorge, Schutz, Wiederherstellungs- und Ersatzmassnahmen aufgrund der Umweltschutzgesetzgebung einschliesslich der Natur- und Heimatschutzgesetzgebung und die Kosten von innovativen Massnahmen für intelligente Netze.~~ Als Kapitalkosten anrechenbar sind höchstens:

a. ...

Begründung: Siehe unter Art. 15 Abs. 2.

Art. 15 Abs. 3bis

Antrag: Streichen.

Begründung: Aus Art. 30 Abs. 2 StromVG ergibt sich ohnehin, dass der Bundesrat für den Erlass der erforderlichen Ausführungsbestimmungen zuständig ist. Eine zusätzliche Erwähnung ist nicht notwendig.

Art. 20 Abs. 1

Antrag: Die nationale Netzgesellschaft...

Begründung: Präzisierung.

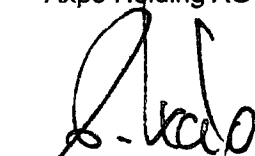
Art. 20 Abs. 2 Bst. e

Antrag: Sie ~~stellt~~ strebt unter Berücksichtigung des Szenariorahmens die ausreichende internationale Vernetzung des schweizerischen Übertragungsnetzes ~~sicher an~~.

Begründung: swissgrid ist auch von ausländischen Partnern abhängig und kann somit nicht im Alleingang die internationale Vernetzung sicherstellen.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse
Axpo Holding AG

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'A. Walo'.

Dr. Andrew Walo
CEO

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'M. Saxer'.

Martin Saxer
Leiter Corporate Public Affairs